

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Von Reformwiderstand zu Reformabbau

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 283

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1996) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Von Reformwiderstand zu Reformabbau, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 283, ISBN 3894561297, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/911>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

283

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Von Reformwiderstand zu Reformabbau

Inhalt

I.	Produktion, Investitionen, Preise	3
II.	Einkommen, Löhne, Arbeitsmarkt.....	6
III.	Öffentliche Haushalte	8
IV.	Geld- und Kreditpolitik	10
V.	Wechselkurspolitik	12
VI.	Außenwirtschaft.....	14
VII.	Ordnungspolitische Entwicklung	17
VIII.	Zusammenfassung und Ausblick.....	19
	Literaturverzeichnis.....	23

Dieser Bericht wurde am 27. September 1996 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich, Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus / Deutsches
Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft.**

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Von Reformwiderstand zu Reformabbau. - 1996

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 283)

ISBN 3-89456-129-7

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Die Institute haben in ihren vergangenen Analysen des Transformationsprozesses in der Republik Belarus zwei Charakteristika hervorgehoben: Zum einen besteht ein ausgeprägtes Mißtrauen politischer Entscheidungsinstanzen gegenüber marktwirtschaftlichen Regelsystemen und Institutionen. Daraus resultierte eine Fülle diskretionärer Eingriffe mit dem Ziel, die Reformen zu verlangsamen und im Zweifel zu revidieren. Zum anderen wird eine möglichst enge politische wie wirtschaftliche Anlehnung an Rußland gesucht, um den Zugang zu billiger Energie und zu Absatzmärkten wiederzuerlangen. Damit hat sich Belarus bislang deutlich gegen eine weltwirtschaftliche Öffnung im allgemeinen und eine Anbindung an Westeuropa im besonderen entschieden, so wie sie von allen Nachbarn verfolgt werden. Im Ergebnis ist die Reformzäsur an der Grenze zwischen Belarus und seinen Nachbarn schärfer geworden. Dabei erscheint das Land aufgrund seiner geographischen Lage und des hohen Bildungs- und Ausbildungsstandes seiner Bevölkerung prädestiniert zu sein, den mittel- und osteuropäischen Reformländern zu folgen. Aus ökonomischer Sicht spricht dafür vor allem die Tatsache, daß Belarus einen nur kleinen heimischen Markt besitzt und als traditioneller Fertigwarenproduzent auf Exportmärkte angewiesen ist. Offenheit und Reformfreudigkeit sollten daher für die Entscheidungsträger oberstes Gebot sein. Statt dessen muß man ein eklatantes Maß an Reformwiderstand konstatieren.

Die im vorliegenden Herbstbericht jüngste Entwicklung zeigt, daß der Reformwiderstand sogar in gezielte Reformrückschritte umschlägt. Dazu trägt bei, daß der politische Entscheidungsprozeß von schwerwiegenden Konflikten zwischen dem Präsidenten einerseits und dem Parlament beziehungsweise Verfassungsgericht andererseits überschattet wird. Im Zuge der Konflikte werden Medien und Statistik für politische Interessen instrumentalisiert. Dies beeinträchtigt eine unabhängige Analyse des wirtschaftspolitischen Transformationsprozesses.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Die offizielle weißrussische Statistik weist traditionell zahlreiche Lücken und Inkonsistenzen auf. Die Inkonsistenzen sind im laufenden Jahr eher noch größer geworden. So zeigt die Statistik für den Zeitraum Januar–Juli 1996 einen geringfügigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 vH (Tabelle 1). Demnach wäre der seit 1991 andauernde Schrumpfungsprozeß zu einem Ende gekommen. Dies entspricht zwar den politischen Vorgaben, denn ein Präsidentenerlaß vom Jahresbeginn „prognostiziert“ ein Wachstum zwischen 0 und 1 vH. Es steht aber im Widerspruch zu der Aussage der Statistik, daß gleichzeitig die Investitionen, der Konsum der privaten Haushalte, die realen Staatsausgaben und auch der Außenbeitrag gesunken sind, teilweise sogar erheblich. Auch höhere Lagerinvestitionen, für die es viele Hinweise gibt, können keinesfalls die Verluste bei den wichtigen Verwendungsaggregaten ausgeglichen haben. Tatsächlich dürfte sich daher im 1. Halbjahr 1996 der Rückgang der wirt-

schaftlichen Aktivitäten in Belarus fortgesetzt haben.¹

Das Investitionsvolumen (Bauten und Ausrüstungen) ging in den Monaten Januar–Juli 1996 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 15 vH zurück (1995: –31 vH; vgl. Tabelle 1), darunter die Bauinvestitionen um 21 vH (1995: –35 vH). Der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamten Investitionen betrug 54 vH (1995: 55 vH). Im staatlichen Sektor, in dem weder die Kolchosen noch die in Aktiengesellschaften umgewandelten ehemaligen Staatsbetriebe enthalten sind, wurden etwa drei Viertel aller Investitionen getätigt. Bei der Finanzierung der Investitionen dominierten im 1. Halbjahr 1996 die Eigenmittel der Unternehmen mit einem Anteil von 48 vH (1995: 50 vH). Hervorzuheben ist, daß sich die Gewinnsituation der Unternehmen im bisherigen Jahresverlauf verschlechtert hat. Der Anteil der Gewinne am BIP sank im 1. Halbjahr 1996 auf 15,7 vH (1995: 19,5 vH).²

Tabelle 1 – Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	.	-1,2	-9,6	-10,6	-13	-10	0,2
Industrieproduktion ^b	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,9	2,7
Agrarproduktion ^b	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,1	-4,7	-5
Bruttoanlageinvestitionen ^b	9,0	4,0	-29	-15	-11	-31	-15
Beschäftigte	-0,9	-2,5	-2,6	-1,3	-2,6	-6,2	-4 ^c
Einzelhandelsumsatz ^b	14,7	-8,1	-22	-14,4	-18	-24	6
Nominaleinkommen je Einwohner	17,7	94	755	1 390	2 008	496	70 ^d
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	76 ^d
Verbraucherpreise							
Jahresdurchschnitt	4,7	94	1 071	1 190	2 221	709	68
Dezember zu Dezember	1 960	244	44 ^e
Industrielle Erzeugerpreise							
Jahresdurchschnitt	.	.	.	1 530	2 170	499	42
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 865	140	34 ^e
Arbeitslosenquote am Periodenende (vH)	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,8

^aJanuar–Juli 1996 zu Januar–Juli 1995. — ^bReal. — ^cJuni 1996 zu Juni 1995. — ^d1. Halbjahr 1996 zu 1. Halbjahr 1995. — ^eJuli 1996 zu Juli 1995.

Quelle: Gosudarstvennyj Komitet (1993: 161, 165), Ministerstvo Statistiki i Analiza (1994: 16 f.; 1995a: 17 f.; 1995b: 5 ff., 74; 1995d: 8 ff., 197; 1995e: 18 ff., 55, 180 ff.; 1996a: 5 ff., 75; 1996b: 5 ff., 88, 138 ff.; 1996c: 27 ff., 182 ff.; 1996f: 27 ff., 182 ff.).

Tabelle 2 – Entwicklung der Investitionen in konstanten Preisen 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ^a
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-15
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	-0,1
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-22
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-41
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0,3	-9
Nachrichtenwesen	-0,4	-17	-58	37	-7	100	119
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	-7
Materialversorgung	38	-27	-38	48	-24	-15	36
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-27
Kommunalwirtschaft	20	18	-0,6	-8	-27	-19	-37
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-29
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-39
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-59
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-78
Finanzen, Banken, Versicherungen	138	28	-7

^a1. Halbjahr 1996 zu 1. Halbjahr 1995.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1995e: 154, 158 f.; 1996e: 160, 164 f.).

Ein starker Rückgang wurde wie bereits in den Vorjahren bei den Investitionen in die Landwirtschaft verzeichnet (-22 vH; vgl. Tabelle 2). Ihr Anteil an den gesamten Investitionen ging seit 1990 von 29 vH auf 7 vH zurück. Die Investitionen in die Industrie, die 34 vH des Investitionsvolumens ausmachten (1990: 24 vH), blieben im 1. Halbjahr 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeit-

raum konstant. Der Rückgang bei den Investitionen in den Wohnungsbau belief sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1995 auf 27 vH. Der Anteil der Investitionen in den Wohnungsbau an den Gesamtinvestitionen betrug im 1. Halbjahr 1996 22 vH (1990: 20 vH). Weit überdurchschnittliche Rückgänge wurden bei den Investitionen in die Bauwirtschaft (-41 vH), in die Kommunalwirtschaft (-37 vH), in das Bil-

Tabelle 3 – Entwicklung der Industrieproduktion in konstanten Preisen nach Branchen 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ^a
<i>Industrie insgesamt^b</i>	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,9	2,7
Stromwirtschaft	3,1	0,9	-3,1	-10,9	-11,3	-15,8	-0,5
Brennstoffindustrie	-2,3	-5,4	-42,9	-36,9	-45,2	10,7	9,4
Eisen- und Stahlindustrie	8,7	13,1	-13,7	-13,9	-12,5	-1,4	31,4
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3,3	5,1	-7,4	2,8	-14,1	-20,6	0,7
Chemie und Petrochemie	-0,1	-6,7	-14,7	-12,3	-16,8	8,9	10,9
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	2,4	6,9	-7,2	-3,4	-12,7	-9,7	9,9
Baustoffindustrie	1,5	5,0	-10,6	-23,9	-28,8	-21,3	-6,2
Leichtindustrie	0,3	1,0	0,7	1,7	-23,0	-34,1	-2,3
Nahrungsmittelindustrie	1,8	-9,4	-17,6	0,1	-5,5	-13,1	-2,5

^aJanuar–Juli 1996 zu Januar–Juli 1995. — ^bOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996e: 105; 1996f: 105 f.).

dungswesen (-39 vH), in Kultur und Kunst (-59 vH) und in die Wissenschaft (-78 vH) verzeichnet. Entgegen der allgemeinen Entwicklung gab es einen Zuwachs bei den Investitionen in das Nachrichtenwesen (119 vH).³

Für die Industrie wird für die ersten sieben Monate des Jahres 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Produktionszuwachs von 2,7 vH ausgewiesen (1995: -11,9 vH; vgl. Tabelle 3). Der Anstieg der Produktion war auf Nachfrage aus der GUS und auf Lagerinvestitionen zurückzuführen.⁴

Den bei weitem höchsten Produktionszuwachs aller Industriezweige wies im Zeitraum von Januar bis Juli die Eisen- und Stahlindustrie auf (31,4 vH; 1995: -1,4 vH). Dies dürfte vorwiegend auf den Anstieg der Exporte von Metallen in die GUS im 1. Halbjahr um knapp 50 vH zurückzuführen sein. Auch die Produktionszuwächse von 10,9 vH (1995: 8,9 vH) im Zeitraum Januar–Juli 1996 in der Chemie und Petrochemie und von 9,4 vH (1995: 10,7 vH) in der Brennstoffindustrie hängen überwiegend mit dem Anstieg der Exporte (chemische und petrochemische Erzeugnisse: 6,5 vH; mineralische Erzeugnisse: 50 vH) zusammen (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996g: 49 ff.).

Die Belebung der Industrieproduktion hat sich jedoch nicht in einem entsprechenden Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung niedergeschlagen. Einem leichten Anstieg der Reallöhne stand ein Rückgang der Gewinne gegenüber. Sogar die nominalen Gewinne in

der Industrie lagen im 1. Halbjahr 1996 trotz eines Anstiegs der Erzeugerpreise um 44 vH (Januar–Juni 1996 zu Januar–Juni 1995) etwas niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.⁵ Das bedeutet, daß ein Anstieg oder eine Aufrechterhaltung unrentabler Produktion nur über versteckte Subventionen und zentralisierte Kredite möglich wurde.

Die monatlichen Preissteigerungsraten blieben im bisherigen Jahresverlauf deutlich im einstelligen Bereich (Tabelle 4). Im Juli 1996 lagen die Verbraucherpreise um 44 vH über dem Niveau vom Juli 1995 (Nahrungsmittel: 46 vH; übrige Konsumgüter: 44 vH; Dienstleistungen: 36 vH). Bei den industriellen Erzeugerpreisen kam es im Zeitraum von Juli 1995 bis Juli 1996 zu einem Anstieg um 34 vH.

Tabelle 4 – Daten zur Preisentwicklung 1994–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise			Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Januar	40,7	39,2	5,6	24,3	44,4	4,7
Februar	18,7	33,7	4,0	17,3	13,2	0,2
März	10,2	20,0	2,0	12,0	9,5	0,6
April	28,6	14,5	1,5	37,0	7,6	1,7
Mai	28,7	3,4	0,6	32,0	1,7	0,3
Juni	19,5	2,5	2,3	22,1	1,3	2,6
Juli	26,6	5,2	2,0	17,6	2,4	2,5
August	53,4	3,0	.	42,1	5,2	.
September	25,5	5,2	.	41,6	5,0	.
Oktober	25,7	3,4	.	41,5	2,1	.
November	40,5	3,7	.	28,2	2,7	.
Dezember	31,3	3,9	.	26,4	2,2	.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1995e: 191, 204; 1996e: 193, 207; 1996f: 193, 207).

II. Einkommen, Löhne, Arbeitsmarkt

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte sind 1996 weniger stark als im Vorjahr gesunken. Im 1. Halbjahr lagen sie um 3 vH unter dem Vorjahresniveau, im Juli nur noch um 1 vH. Im Zeitraum Januar–Juli 1995 hatte der Rückgang 30 vH und im Gesamtjahr 1995 13 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode betragen. Bei gleichzeitiger Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Reallohns im Vorjahresvergleich um etwa 3 vH verschob sich die Einkommensstruktur der privaten Haushalte wieder etwas zugunsten der Löhne. Der Anteil der sonstigen Einkommen (u.a. Unternehmereinkommen) nahm von 29,4 vH auf 24,7 vH ab (Tabelle 5).⁶

Der Rückgang der realen Geldeinkommen war mit einer Verringerung des Anteils der Konsumausgaben verbunden. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Ersparnis der privaten Haushalte an der Einkommensverwendung (Tabelle 5).

Die Struktur der Löhne nach Branchen hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres stark verändert. Offensichtlich wurde die staatliche Lohnfestsetzung im öffentlichen Sektor dazu genutzt, die Löhne in Branchen mit einem niedrigen Ausgangsniveau überdurchschnittlich zu steigern. Das betrifft vor allem die Bereiche Sozial- und Bildungswesen sowie

Kultur und Kunst. Es erhöhte sich aber auch das relative Lohnniveau in der Wissenschaft, das bislang bereits über dem Durchschnitt lag. In der Mehrzahl der nicht der staatlichen Lohnregulierung direkt unterliegenden Branchen hat sich die Relation zum Durchschnitt nicht verändert. Die niedrigsten Löhne werden wie bisher in der Landwirtschaft und im Sozialwesen, die höchsten im Bankgewerbe und in der staatlichen Verwaltung gezahlt (Tabelle 6).

Ende Juni 1996 lag die Zahl der Beschäftigten mit 4,1 Mill. um knapp 1,5 vH unter dem Niveau des Dezembers 1995 (Tabelle 7 sowie Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996f: 59). Die grundsätzlichen Probleme des weißrussischen Arbeitsmarktes blieben ungelöst. Dem offiziell ausgewiesenen Rückgang des BIP von 37 vH seit 1990 stand bis Ende 1995 ein Rückgang der Beschäftigung von 14 vH gegenüber. Die Durchschnittsproduktivität ist bis 1995 gegenüber 1990 um 27 vH gesunken: Das verweist auf extrem hohe Beschäftigungsreserven in den Betrieben, denen keine entsprechende Arbeitsnachfrage etwa eines expandierenden privaten Sektors gegenübersteht. Die Zahl der Arbeitslosen nahm seit Jahresbeginn 1996 um 45 000 Personen zu und erreichte 176 000 im Juni 1996. Dies entspricht nach der weißrussischen

Tabelle 5 – Struktur der Geldeinkommen und -ausgaben der privaten Haushalte 1993–1996 (vH)

	1993	1994	Januar–Juli 1995 ^a	Januar–Juli 1996
<i>Einkommen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0
Lohneinkommen	62,8	54,7	48,8	53,8
Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte	3,3	4,0	2,0	2,2
Renten, Stipendien, soziale Transfers	15,0	13,4	17,6	17,1
Zuwendungen aus dem Finanzsystem (Kredite, Zinsen, Versicherungsleistungen)	3,8	2,3	2,2	2,2
Sonstige Einkommen (Unternehmertätigkeit, übrige Einkommen)	15,1	25,6	29,4	24,7
<i>Verwendung der Einkommen</i>	100,0	100,0	100,0	100,0
Konsumausgaben	82,9	88,2 ^b	74,8	71,2
Abführungen an das Finanzsystem (Versicherungsbeiträge, Kredit-tilgungen, Zinszahlungen, sonstige Beiträge, Steuern)	11,7	6,1	6,4	6,3
Buch-, Wertpapiersparen, Devisenkäufe	5,4	5,7	12,3	20,5
Sonstige Verwendung, Zuwachs des Bargeldbestandes	–	–	6,5	2,0

^aFür das Jahr 1995 liegen zwar statistische Angaben vor, jedoch sind sie nicht konsistent mit den zuletzt veröffentlichten Angaben zum 1. Halbjahr 1995. — ^bAus dem Vergleich der Daten für die Jahre 1994 und 1995 und den Jahresangaben im Statistischen Jahrbuch — Respublika Belarus' v zifrach 1995 — ist anzunehmen, daß die sonstige Verwendung in den Vorjahren (1994: etwa 5 vH, 1995: etwa 4 vH) mit in die Konsumausgaben einbezogen wurden.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1995b: 67–69; 1995c: 60; 1996a: 68; 1996c: 95; 1996d: 94).

Tabelle 6 – Lohnentwicklung und -struktur 1994–1996

	Durchschnittslöhne		Struktur der Löhne		
	Januar–Juli 1996		1994	1995	Januar–Juli 1996
	Tsd. Rubel	Vorjahres- periode=100	vH		
<i>Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn</i>	1 094,1	172	100	100	100
Arbeiter und Angestellte	1 173,1	171	106	106	107
Industrie	1 241,7	171	122	114	113
Landwirtschaft	655,6	172	64	62	60
darunter: Kolchosen	596,8	172	59	58	55
Forstwirtschaft	995,4	165	77	96	91
Transportgewerbe	1 394,3	173	117	124	127
Post/Fernmeldewesen	1 195,7	153	96	122	109
Baugewerbe	1 323,5	149	138	139	121
Handel und Gaststätten	960,1	192	88	80	88
Großhandel	1 427,0	168	147	132	130
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche					
Dienstleistungen	1 211,0	176	88	100	111
Gesundheitswesen	1 050,7	183	82	86	97
Sozialwesen	632,5	183	55	53	58
Bildungswesen	957,7	182	80	79	88
Kultur	852,1	186	68	69	78
Kunst	803,1	183	69	68	73
Wissenschaft	1 248,7	189	99	108	114
Bankgewerbe	2 257,6	156	238	225	206
Staatliche Verwaltung	1 541,1	157	125	157	141

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 9; 1996f: 66 ff.).

Methodik einer Arbeitslosenquote von 3,7 vH (Tabelle 7).⁷ Die Zahl der als frei gemeldeten Stellen ging zurück. Im Juni 1996 standen einer freien Stelle standen 11 registrierte Arbeitslose gegenüber; das sind doppelt soviel wie im Vorjahr. Während in Minsk auf eine gemeldete Stelle nur 3 Arbeitslose kommen, schwankt die Zahl in anderen Gebieten zwischen 10 und 19.

Tabelle 7 – Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen 1994–1996

	1994	1995 (Dezember)	1996 (Juni)
Beschäftigte (Tsd.)	4 696,0	4 207,2	4 143,5
Arbeitslose (Tsd.) ^a	101,2	131,0	176,1
Arbeitslosenquote (vH) ^{a,b}	2,1	2,7	3,7
Offene Stellen (Tsd.) ^a	18,3	11,3	16,5

^aZum Ende der Periode. — ^bBezogen auf die wirtschaftlich aktive Bevölkerung.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996f: 63, 64).

Im Zusammenhang mit dem Produktionsrückgang ist zwischen 1990 und 1995 eine sin-

kende Beschäftigung in der Industrie (–24 vH), im Transportwesen (–18 vH) und vor allem im Baugewerbe (–47 vH) eingetreten (Tabelle 8). Die sinkende Personalstärke im Großhandel (–27 vH) sowie in der Wissenschaft (–55 vH) und zunehmende Beschäftigung im Bank- und Versicherungsgewerbe (62 vH), im Einzelhandel und im Gaststättengewerbe (32 vH) sowie in der Wohnungswirtschaft (16 vH) spiegeln vor allem sektorale Veränderungen beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen wider. Gleichzeitig ist aber — zumindest statistisch — die Beschäftigtenzahl in der staatlichen Verwaltung gestiegen, und zwar um 35 vH gegenüber 1990. Dies könnte allerdings auch ein Effekt der Reorganisation in der Verwaltung der Betriebe sein. Im 1. Halbjahr 1996 standen dem Rückgang der Personalstärke in der Industrie (–3 vH), im Baugewerbe (–6 vH), im Großhandel (–4 vH) und in der Wissenschaft (–3 vH) Personalerhöhungen in der Forstwirtschaft (5 vH), im Wohnungswesen (6 vH) sowie in der Kunst (6 vH) gegenüber.

Tabelle 8 – Entwicklung der Beschäftigung 1995 und 1996

	Beschäftigte	Veränderung der Beschäftigtenzahl		Struktur der Beschäftigung	
	Juni 1996	1995	Juni 1996	1990	1995
	Tsd.	1990=100	Dez. 1995 =100	vH	
<i>Insgesamt</i>	4 143,5	85,6	98,5	100,0	100,0
Industrie	1 249,6	76,4	96,9	30,9	27,6
Landwirtschaft (einschl. Kolchosen)	809,7	85,6	98,2	19,1	19,1
Forstwirtschaft	26,1	119,3	105,2	0,4	0,6
Verkehr	244,2	81,5	99,3	6,0	5,7
Nachrichtenwesen	58,4	102,2	101,0	1,1	1,4
Bauwirtschaft	299,0	53,0	93,7	11,1	6,9
Handel und Gaststätten	294,7	131,9	99,3	6,4	9,8
Materialversorgung	37,6	73,3	96,4	1,0	0,9
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	139,3	115,9	105,6	2,9	4,0
Gesundheits- und Sozialwesen	290,0	107,0	101,1	5,2	6,5
darunter: Gesundheitswesen	252,8	88,8	100,7	5,4	5,6
Bildungswesen	390,4	96,2	101,5	8,4	9,5
Kultur	52,1	99,1	100,4	1,1	1,3
Kunst	11,8	80,1	106,3	0,3	0,3
Wissenschaft	47,6	44,5	97,3	2,0	1,0
Finanzen, Banken, Versicherungen	50,4	161,7	99,0	0,6	1,1
Staatliche Verwaltung	67,9	135,0	101,5	1,0	1,5

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996f: 59 ff.), eigene Berechnungen.

III. Öffentliche Haushalte

Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich im 1. Halbjahr 1996 weiter zugespitzt; der deutliche Rückgang der Haushaltseinnahmen hielt an (Tabelle 9). Auch 1996 wurde auf die verschlechterte Einnahmesituation mit Ausgabenkürzungen, Ausgabenverlagerung und Zahlungsverzögerungen gegenüber staatlichen Betrieben und privaten Haushalten reagiert. Nach den ersten sechs Monaten lag das Kassendefizit⁸ des konsolidierten Haushalts bei 2,6 vH des BIP. Damit wurde der auf eine formale Defizitbegrenzung ausgerichtete finanzpolitische Kurs beibehalten und zugleich das Auftreten einer offenen Finanzkrise verhindert.

Der reale Rückgang der Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts (Anteil 1995: 30 vH des BIP; 1. Halbjahr 1996: 28 vH) wurde von einem Anstieg der Steuerrückstände begleitet. Ende Juni 1996 belief sich die Gesamtsumme der Steuerrückstände auf 11,5 vH der

Gesamteinnahmen bzw. 3,5 vH des BIP (*Minsk Economic News* Nr. 16 aus 1996). Da über das Ausmaß der Zahlungsrückstände des Budgets gegenüber den privaten Haushalten und den Unternehmen keine Angaben vorliegen, bleibt unklar, ob sich die öffentlichen Haushalte in einer Nettogläubigerposition befinden. Wichtigste Einnahmequelle war im 1. Halbjahr 1996 die Mehrwertsteuer. Der Anteil der indirekten Steuern an den Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts⁹ wäre bei fristgerechter Abführung von Seiten der Unternehmen noch deutlich höher gewesen; allein bei der Mehrwertsteuer beliefen sich die Steuerrückstände auf 1,3 vH des BIP bzw. knapp 5 vH der Gesamteinnahmen (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 70). Während die privaten Haushalte einen erheblichen Teil der Steuereinnahmen finanzierten, wurden die Unternehmen entlastet; der Anteil der Gewinnsteuer an den Gesamtein-

Tabelle 9 – Konsolidierter Haushalt 1992–1996

	1992	1993	1994	1995	1996 1. Halbjahr ^a	1996 Haushaltsgesetz
	<i>Struktur in vH</i>					
<i>Einnahmen insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,6	28,3	29,2	25,3
Akzisen	8,9	12,1	10,7	8,3	9,7	11,5
Gewinnsteuer	25,6	29,7	30,9	22,5	15,1	19,2
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	8,6	11,1	.
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	5,0	7,9	.	10,3
Zölle etc.	0,0	0,0	9,3	6,3	.	13,1
Sonstige Einnahmen	12,6	15,8	9,2	18,1	34,9	20,5
<i>Ausgaben insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,2	16,8	14,4
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	36,0	42,6	50,8	26,8
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,8	.	2,8
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,9	.	10,9
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	6,0
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	7,8	.
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	3,4	3,1
Schuldendienst (Inland)	2,0	1,2	0,6	0,6	.	2,3
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,9	.	33,6
<i>Defizit in vH der Ausgaben</i>	5,8	13,1	9,4	8,0	8,5	12,9
	<i>Anteile am BIP in vH^b</i>					
<i>Einnahmen insgesamt</i>	32,4	37,1	36,5	30,0	27,8	.
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,5	8,1	.
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,5	2,7	.
Gewinnsteuer	8,3	11,0	11,3	6,8	4,2	.
Einkommensteuer	2,4	2,6	2,7	2,6	3,1	.
Tschernobylsteuer	2,7	2,9	1,8	2,4	.	.
Zölle etc.	0,0	0,0	3,4	1,9	.	.
Sonstige Einnahmen	4,1	5,8	3,4	5,4	9,7	.
<i>Ausgaben insgesamt</i>	34,4	42,6	40,3	32,7	30,4	.
Volkswirtschaft	14,4	16,5	11,1	6,9	5,1	.
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,9	14,5	13,9	15,4	.
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,6	.	.
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,6	.	.
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	.
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	2,4	.
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,2	1,0	.
Schuldendienst (Inland)	0,7	0,5	0,2	0,2	.	.
Sonstige Ausgaben	0,6	4,1	7,1	3,6	.	.
<i>Defizit</i>	2,0	5,5	3,8	2,7	2,6	.

^aBerichtszeit der Ausgabenstruktur: Januar–Mai. — ^bAufgrund erheblicher Revisionen des Datenmaterials weichen diese Zeitreihen von den bisherigen Veröffentlichungen ab.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 8, 69; 1996f), eigene Berechnungen.

nahmen ist im Vergleich zum Vorjahr stark gesunken. In dieser Entwicklung spiegelt sich zum einen die verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen wider. Zum anderen traten zu Jahresbeginn Steuerentlastungen für die Unternehmen in Kraft (*Čelovek i ekonomika* Nr. 1 aus 1996). Darüber hinaus wurden einzelnen

Branchen bzw. Unternehmen Ad-hoc-Steuervergünstigungen gewährt. Mittels dieser selektiven Steuerpolitik konnten einzelne Unternehmen oder Branchen mit zusätzlicher Liquidität versorgt werden. Trotz der Sonderregelungen für Einzelunternehmen beliefen sich die Gewinnsteuerrückstände auf 0,6 vH des BIP bzw.

2 vH der Gesamteinnahmen. Der Anteil der Einkommensteuer natürlicher Personen am Gesamtsteueraufkommen ist zwar gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dennoch bleiben die Einnahmen aus dieser Steuerart relativ unbedeutend.

Die Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts beliefen sich im 1. Halbjahr 1996 auf etwa 30 vH des BIP. Angaben über die Ausgabenstruktur liegen nur für die ersten fünf Monate vor (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 69). Danach waren die Ausgaben für die Volkswirtschaft, d.h. für Investitionen und Subventionen, gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (1995: 6,9 vH des BIP, 1. Halbjahr 1996: 5,1 vH). Den größten Posten stellten die Ausgaben für die soziale Sicherung, Bildung und Kultur mit einem Anteil von 15,4 vH des BIP bzw. 51 vH der Gesamtausgaben dar. Nach den vorliegenden Angaben waren bis Ende Mai 1996 bereits 76 vH der im Haushaltsgesetz für diesen Posten vorgesehenen Mittel verausgabt worden. Für das Anwachsen dieses Ausgabenpostens dürften im wesentlichen Transfers in den defizitären außerbudgetären Sozialversicherungsfonds verantwortlich gewesen sein.¹⁰ Insgesamt ist bei relativ konstanten Ausgaben für die Finanzierung der Rechtsorgane (2 vH des BIP) und für die Verwaltung (1 vH) die Bedeutung der konsumtiven Ausgaben weiter gewachsen.

Das Defizit soll nach dem Haushaltsgesetz vor allem durch Zentralbankkredite finanziert werden (mehr als 50 vH des erwarteten Defi-

zits) (*Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus* Nr. 13–14 aus 1996). Dabei wird davon ausgegangen, daß jeweils etwa 25 vH des Defizits durch die Ausgabe von Staatspapieren und den Zufluß ausländischer Kreditmittel gedeckt werden können.¹¹ Inzwischen ist abzusehen, daß westliche Kredite nicht zur Verfügung stehen werden. Eine entsprechend stärkere Bedeutung kommt damit der Bereitschaft Rußlands zu, Gaslieferungen zu kreditieren und so indirekt den weißrussischen Staatshaushalt zu alimentieren. Sollten sich diese Hoffnungen zerschlagen, so kommt Belarus nicht umhin, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung — einschließlich des quasi-fiskalischen Defizits — einzuleiten.

In der derzeitigen Situation ist besonders eine Abkehr von der Praxis ständiger Veränderungen des Steuerrechts und der Ad-hoc-Regelungen für einzelne Unternehmen erforderlich. Nach dem Unionsvertrag mit Rußland ist eine Angleichung der Steuersysteme bis zum Januar 1997 vorgesehen. Angesichts ähnlicher Einnahmeprobleme in beiden Staaten wird es darauf ankommen, die angestrebte Vereinheitlichung des Steuerrechts zur Vereinfachung und Verbesserung zu nutzen. Bislang wurden jedoch keine konkreten Schritte in diese Richtung unternommen, so daß die fristgerechte Umsetzung des Vertrages fragwürdig erscheint; dies um so mehr, als Rußland erst für das Jahr 1998 eine substantielle Steuerreform anstrebt.

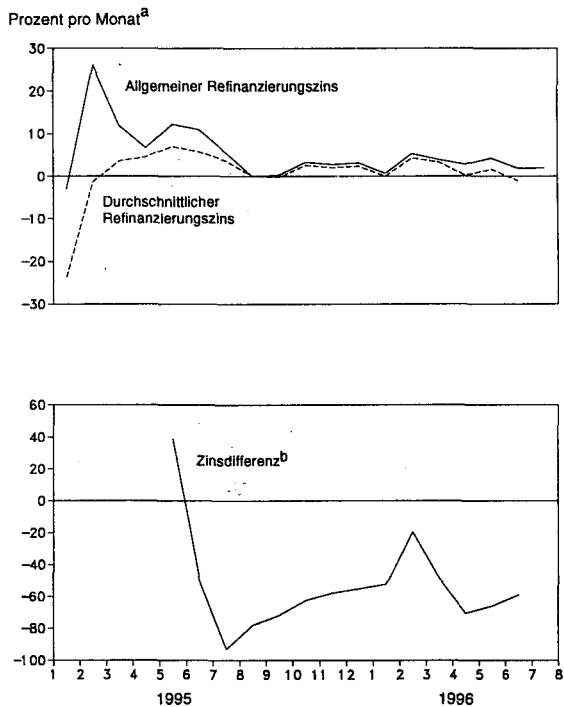
IV. Geld- und Kreditpolitik

Nach ersten Erfolgen mit der monetären Stabilisierung im Jahr 1995 wurde 1996 ein neuer Kurs eingeschlagen, der Gefahren für den Stabilisierungsprozeß birgt.¹² Dieser Kurswechsel kommt in einer Änderung der Zins- und Kreditpolitik der Notenbank zum Ausdruck. Nachdem in den letzten Monaten von 1995 Zentralbankkredite in erster Linie über Auktionen vergeben worden waren, wurden im 1. Halbjahr 1996 rund 60 vH der Zentralbankmittel wieder in Form von zentralisierten Krediten vergeben.

Der Anteil dieser niedrig verzinsten Kredite an dem Bestand der Zentralbankkredite stieg allein im 1. Quartal 1996 von 55 auf 76 vH gegenüber Ende 1995 an. Gleichzeitig wurde die bereits 1995 begonnene Zinssenkungspolitik fortgesetzt. Der offizielle Refinanzierungszins wurde im April von 66 auf 54 % und Anfang September weiter auf 35 % reduziert (*Nacyjanal'naja Ekonomichnaja Gazeta* vom 4. September 1996: 2). Damit bleibt eine erhebliche Zinsdifferenz zu Rußland, wo der offizielle Refinanzierungs-

zins ein Mehrfaches der weißrussischen Sätze beträgt (Schaubild 1), bestehen. Die Zinssenkung erfolgte auf Anordnung des Präsidenten gegen den Widerstand der Notenbank und dokumentiert einen weiteren Autonomieverlust der Bank. Zu diesem Verlust trägt auch bei, daß bestimmte Sektoren der Volkswirtschaft wieder verstärkt durch die zentralisierten Kredite subventioniert werden. Beispielsweise beträgt der zulässige Mindestzins für Kredite an die Agroprombank oder die Promstroibank nur 1 bzw. 14 % per annum.

Schaubild 1 – Monatliche reale Refinanzierungszinsen in Belarus und Rußland 1995 und 1996



^aDeflationiert mit dem Erzeugerpreisindex. — ^bWeißrussischer Zins–Russischer Zins, unter Berücksichtigung der Wechselkursänderung im jeweiligen Monat.

Quelle: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der weißrussischen Zentralbank, eigene Berechnungen.

Die expansive Kreditpolitik der Zentralbank kam im 1. Halbjahr 1996 in einem Anstieg der Notenbankkredite von durchschnittlich 38 vH pro Quartal zum Ausdruck, was angesichts der gesunkenen Inflationsrate auch real einen erheblichen Anstieg bedeutete (Tabelle 10). Der Bargeldumlauf stieg insbesondere im 2. Quartal

Tabelle 10 – Wachstumsraten der Geldmengenaggregate pro Quartal 1992–1996 (vH)^a

	1992	1993	1994	1995	1996		
	I-IV	I-IV	I-IV	I-IV	I	II	I-II
Geldbasis	95	93	157	38	14	25	19
Zentralbankkredite ^b	117	53	147	27	4	.	38
Bargeld	75	96	98	56	6	38	22
M3 ^c	57	82	112	27	7	11	9
Bankkredite ^d	.	.	.	28	9	.	8
Nachrichtlich:							
Verbraucherpreise	132	119	114	43	12	4	8
Erzeugerpreise	.	128	113	28	6	5	5

^aDie Zeitreihen wurden gegenüber früheren Berichten revidiert. Durchschnittliche Quartalswerte für 1992–1995 und das 1. Halbjahr 1996. — ^bNettokredite. Da für das 1. Halbjahr 1996 lediglich Angaben über die Bruttokreditvergabe vorlagen, ist ein Rückschluß auf die Entwicklung in den einzelnen Quartalen nicht möglich. — ^cEinschließlich Konten in ausländischer Währung. — ^dKredite der Geschäftsbanken.

Quelle: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der weißrussischen Zentralbank, eigene Berechnungen.

deutlich an. Daß die geldpolitische Lockerung noch nicht in einem stärkeren Anstieg der Geldmenge und damit in der Inflationsrate zum Ausdruck gekommen ist, läßt sich auf Veränderungen des Geldangebots- und Geldnachfrageprozesses zurückführen. Auf der Angebotsseite setzte sich — als Folge der Wechselkursstabilisierung — die Abnahme der Devisenreserven der Notenbank fort. Die Währungsreserven der Zentralbank sanken allein im 1. Halbjahr 1996 um rund 40 vH. Von den Auslandsaktiva ging somit ein dämpfender Einfluß auf die Geldbasis aus, deren Wachstum im 1. Halbjahr 1996 allein von der Expansion der inländischen Aktiva der Zentralbank bestimmt wurde (Tabelle 11). Ferner ist der Geldschöpfungsmultiplikator gesunken; eine gegebene Erhöhung der Geldbasis führte daher zu einer geringeren Erhöhung der weiter gefaßten Geldmenge M3.¹³ Auf der Geldnachfrageseite hat eine zumindest seit dem 3. Quartal 1995 andauernde Erhöhung der Kassenhaltung, d.h. ein Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das Inflationspotential der Geldmengenausweitung begrenzt. Diese erhöhte Kassenhaltung ist als Reaktion auf das Sinken der Inflation und die Durchsetzung positiver Zinsen auf neue Einlagen bei den Banken seit März 1996 zu erklären. Noch immer ist der Monetisierungsgrad der weißrussischen Volkswirtschaft mit einem Volumen von M3 in Höhe von 15,6 vH des BIP jedoch sehr gering.

Tabelle 11 – Herkunft und Verwendung der Zunahme der Geldbasis pro Quartal^a 1995 und 1996 (vH)

	1995				1996	
	I	II	III	IV	I	II
Herkunft						
Devisenreserven	87	54	-23	-289	1	-30
Inländische Aktiva	13	46	123	389	99	130
Verwendung						
Bargeld	53	63	94	228	26	93
Reserven der Geschäftsbanken	31	21	81	-112	76	5
Andere	16	16	-75	-16	-2	2

^a Absolute Zunahme der Geldbasis = 100 vH.

Quelle: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds, eigene Berechnungen.

Die Ausweitung zentralisierter Kredite und die damit verbundene selektive Vergabe von Krediten zu negativen Realzinsen bedeuten einen erheblichen Rückschritt auf dem Weg zu einem marktwirtschaftlich organisierten Banken- und Finanzsystem. Solange das Bankensystem dazu benutzt wird, den Fortbestand weicher Budgetbeschränkungen für einzelne Unternehmen und Sektoren zu sichern, können dringend erforderliche strukturelle Reformen nicht umgesetzt werden. Ein Indikator dieser weichen Budgetbeschränkungen ist der hohe und noch immer steigende Umfang der Verbindlichkeiten der Unternehmen (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996c, 1996f).¹⁴ In den ersten sieben Monaten von 1996 stieg der reale Wert dieser Verbindlichkeiten um rund 25 vH an; der Wert der Zahlungen, die bereits mehr als drei Monate überfällig waren, betrug im Mai etwa 120 vH des Volumens der Geldmenge M3. Die um sich greifende Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen kommt verstärkt auch in Kreditausfällen bei den Banken zum Ausdruck. Der offiziell ausgewiesene Anteil notleidender Kredite an den Kreditportfolios der Banken ist allein im Verlauf der ersten acht Monate des Jahres 1996

von 11,3 auf 15,4 vH angestiegen; bei Anwendung marktwirtschaftlicher Bilanzierungskriterien dürfte dieser Wert noch deutlich höher liegen.

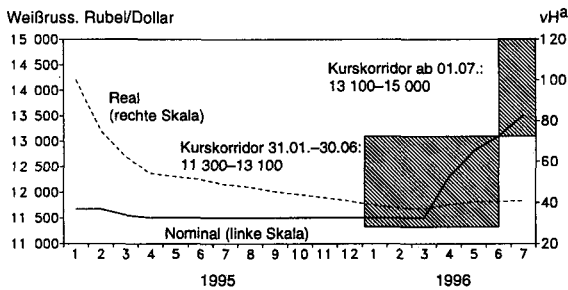
In dieser Situation wäre ein umfassendes Reformkonzept erforderlich, das die Durchsetzung eines Konkursgesetzes, die Rekapitalisierung und Privatisierung der Geschäftsbanken sowie die Einführung international üblicher Bewertungsstandards umfassen muß. Im Gegensatz dazu wird derzeit versucht, die Stabilität des Bankensystems durch administrative Eingriffe in die Autonomie der Banken aufrechtzuerhalten (Minsk Economic News 1996a, 1996c, 1996d; Sobranie Ukazov 1996b). Bereits im Oktober 1995 waren zwei große staatliche Banken miteinander fusioniert und eine Verlagerung von Einlagen bei anderen Banken hin zu der neu geschaffenen Bank angeordnet worden. Mitte 1996 wurde dann der ohnehin hohe staatliche Anteil am Kapital des Bankensystems noch weiter aufgestockt. Dies geschah nicht durch eine explizite Nationalisierung der Banken, vielmehr wurden Kapitalanteile des Staates, deren Wert durch die Neuemission von Aktien im Laufe der Zeit gesunken ist, indexiert. Ferner wurden mehrere kleinere Banken mit einer derjenigen Großbanken verschmolzen, die gezielt zur Finanzierung von Investitionsprojekten eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus wurde durch ein Dekret des Präsidenten, das die Gehälter im Bankensektor an die allgemeine Lohnentwicklung koppelt, die Möglichkeit der Banken begrenzt, qualifiziertes Personal anzuwerben. Kredite von mehr als 10 000 Dollar müssen von der Zentralbank genehmigt werden, und die Möglichkeiten der Finanzierung von Investitionen durch die Banken wurden eingeschränkt.

V. Wechselkurspolitik

Trotz der Festlegung eines Kurskorridors von 11 300 bis 13 100 weißrussische Rubel/Dollar Ende Januar 1996 hat die Zentralbank bis Ende

März 1996 einen Kurs von 11 500 Rubel verteidigt (Schaubild 2).¹⁵ Durch die damit seit Frühjahr 1995 verfolgte Fixierung des Devisen-

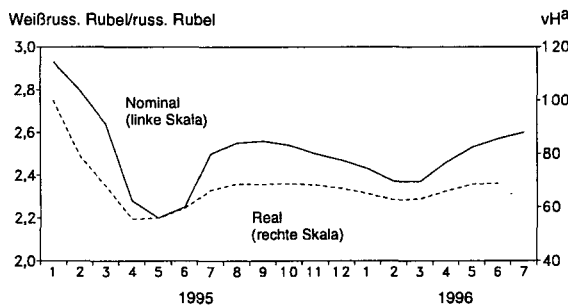
Schaubild 2 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum Dollar 1995 und 1996



^aRealer Wechselkurs berechnet auf Grundlage der Verbraucherpreise. Anstieg = reale Abwertung; 1995: 1=100.

Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds; eigene Berechnungen.

Schaubild 3 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum russischen Rubel 1995 und 1996



^aRealer Wechselkurs berechnet auf Grundlage der Verbraucherpreise. Anstieg = reale Abwertung; 1995: 1=100.

Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds; eigene Berechnungen.

kurses hat sich die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels von rund 70 vH in 1995 gegenüber dem Dollar auch Anfang 1996 fortgesetzt. Allerdings hat sich die Aufwertungsrate mit 9 vH im 1. Quartal 1996 abgeschwächt. Zwischen Ende März und Anfang September 1996 wurde dann zwar eine nominale Abwertung des offiziellen Devisenkurses um 24 vH auf 14 300 Rubel zugelassen. Allerdings wäre eine Abwertung um etwa 75 vH auf rund 20 000 Rubel erforderlich gewesen, um die seit März 1995 entstandene Inflationsdifferenz zum westlichen Ausland auszugleichen. Zumindest die reale Aufwertung des 1. Quartals 1996 wurde im 2. Quartal wieder rückgängig gemacht.

Im Ergebnis hat die in 1995 entstandene reale Aufwertung der weißrussischen Währung

zum Dollar die Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Exporteure auf den Weltmärkten verschlechtert und den Konkurrenzdruck auf die heimischen Produzenten von Importsubstituten erhöht. Als Reaktion auf die daraus resultierende Verschlechterung der Handelsbilanz, auf die durch die Zinsdifferenz zu Rußland entstandenen Anreize zu Kapitalexporten und auf den Abfluß von Währungsreserven wurden zahlreiche Eingriffe in den Devisenmarkt vorgenommen. In jüngster Zeit hat sich de facto ein System gespaltener Wechselkurse herausgebildet. Die im Januar 1996 eingeführte vollständige Ablieferungspflicht für Exporterlöse (BMW 1996: 105) wurde im Juni zwar auf 50 vH gesenkt, und eine Gebühr auf den Kauf von Devisen wurde abgeschafft. Der Handel mit Devisen ist allerdings stark administrativ beschränkt; die Kurse der Zentralbank variieren zum Beispiel nach der Branche eines Unternehmens, das Devisen kaufen oder verkaufen will. Anfang September lag der offizielle Devisenkurs der Zentralbank bei 14 300 Rubel pro Dollar; der Bargeldkurs schwankte jedoch zwischen 16 000 und 18 000 Rubel, und auch auf dem Interbankenmarkt wurden bereits im Juli 16 000 Rubel für den Dollar erzielt (*Minsk Economic News* 1996b). Ferner wird berichtet, daß sich zwischen Unternehmen ein Devisenschwarzmarkt gebildet hat, auf dem der Dollar zu einem Kurs von bis zu 17 000 Rubel gehandelt wurde. Die Herausbildung eines Devisenschwarzmarkts spricht dafür, daß der weißrussische Rubel überbewertet ist.

Ende Juni wurde der Wechselkurskorridor auf 13 100–15 000 Rubel pro Dollar für das 2. Halbjahr 1996 angepaßt (Government of Belarus und European Expertise Service 1996); ein Präsidialerlaß legte fest, daß der Wechselkurs bis Jahresende auf nicht mehr als 15 500 Rubel steigen soll (*Sobranie Ukazov* 1996b). Damit wird die bereits aufgelaufene reale Aufwertung des weißrussischen Rubels nicht beseitigt.

VI. Außenwirtschaft

Im Laufe des Jahres 1996 hat sich die Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Nach den vorliegenden Schätzungen wies die Leistungsbilanz bereits für die ersten fünf Monate ein Defizit von 593 Mill. Dollar auf; für das Gesamtjahr 1995 hatte das Leistungsbilanzdefizit lediglich 370 Mill. Dollar betragen (Tabelle 12). Das Handelsbilanzdefizit lag in den ersten fünf Monaten des Jahres 1996 bei 718 Mill. Dollar; bis Mitte des Jahres erreichte es 872 Mill. Dollar (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996g: 4). Selbst wenn die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen von 367 Mill. Dollar in den ersten fünf Monaten teilweise nichtregistrierte Reexporte nach Rußland widerspiegeln, ist der Trend zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz deutlich.

Diese Entwicklung war vor allem auf höhere Importe aus den Staaten außerhalb der GUS zurückzuführen. Diese lagen in der 1. Jahreshälfte 1996 bei 1 194 Mill. Dollar, während sie im entsprechenden Vorjahreszeitraum lediglich 883 Mill. Dollar betragen hatten. Die Exporte in Staaten außerhalb der GUS betragen im 1. Halbjahr 1996 noch 817 Mill. Dollar gegenüber 880 Mill. Dollar im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Handel mit Deutschland hat sich ungünstiger entwickelt als der Handel mit Staaten außerhalb der GUS insgesamt. Nach der deutschen Außenhandelsstatistik schrumpften die weißrussischen Importe aus Deutschland im 1. Halbjahr 1996 um 16 vH und die Exporte nach Deutschland um 39 vH. Allerdings war dieser starke Rückgang auf einzelne Warengruppen begrenzt: Die weißrussischen Einfuhren aus Deutschland verzeichneten vor allem bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik Einbrüche. Dies war darauf zurückzuführen, daß 1996 die Hermes-Deckungen für Lieferungen nach Belarus kaum noch in Anspruch genommen werden konnten. Die weißrussischen Exporte gingen vor allem bei Kunstfasern und Rohaluminium zurück.

Die Steigerung der Importe und Verringerung der Exporte sind vor allem durch die dra-

matische reale Aufwertung des weißrussischen Rubels im Jahresverlauf 1995 verursacht. Selbst durch die administrativen Importbeschränkungen — etwa die zehnpromtente Sondersteuer auf den Devisenerwerb sowie die Ablehnung von Kaufaufträgen für Devisen für „nichtessentielle“ Importe — konnte der Importanstieg nicht verhindert werden. Hinzu kamen vermutlich verstärkte Kapitalflucht durch Überfakturierung von Importen und Unterfakturierung von Exporten sowie die genannten Reexporte nach Rußland.

Zwar hat die Nationalbank ab Mitte 1996 eine geringe Abwertung des weißrussischen Rubels zugelassen. Diese reicht jedoch nicht aus, um das Handelsbilanzdefizit auf ein Maß zurückzuführen, das mit den freiwilligen Kapitalzuflüssen nach Belarus vereinbar ist. Die beharrliche Weigerung der maßgeblichen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger, die fehlgeschlagene Wechselkursfixierung zu korrigieren, muß schwerwiegende Zweifel an ihrer grundsätzlichen Reformbereitschaft wecken. In den Jahren 1994 und 1995 war bereits einmal ein weitgehend verzerrungsfreies Außenhandels- und Wechselkursregime entstanden, das auch — wie im letzten Bericht der Institute beschrieben — erste Früchte in Form wachsender „nichttraditioneller“ weißrussischer Exporte in westliche Staaten getragen hatte. Die administrativen Eingriffe in den Außenhandel und den Devisenmarkt haben diese ohnehin bescheidenen Reformschritte zunichte gemacht, ohne daß dem irgendein wirtschaftlicher Nutzen gegenübergestanden hätte.

Belarus hat im Jahr 1996 seine Bemühungen um eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration mit Rußland fortgesetzt. So sieht der Vertrag vom April 1996 in allgemeiner Form die „Synchronisierung“ der nationalen Wirtschaftspolitiken in zahlreichen Feldern vor. Bisher ist nicht erkennbar, ob es hierdurch zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Transformation in Belarus kommen wird; dies wäre die logische Folge einer tatsächlichen Synchronisierung, da der Reformprozeß in

Tabelle 12 – Zahlungsbilanz 1995 und 1996 (Mill. Dollar)^a

	GUS		Drittländer		Insgesamt	
	1995	Januar–Mai 1996	1995	Januar–Mai 1996	1995	Januar–Mai 1996
<i>Saldo der Leistungsbilanz</i>	-474	-355	104	-237	-370	-593
Außenhandel	-620	-430	-40	-288	-660	-718
Exporte	2 599	1 413	1 776	662	4 375	2 075
Importe	-3 219	-1 843	-1 816	-950	-5 035	-2 793
Nicht-Faktor-Dienstleistungen	149	76	112	50	262	126
Einnahmen	166	83	447	168	613	251
Ausgaben	-17	-7	-335	-118	-352	-125
Faktor-Dienstleistungen	-4	-2	-47	-20	-51	-22
Einnahmen	2	0	0	0	2	0
Ausgaben	-6	-2	-47	-20	-53	-22
Transfers	0	0	78	21	79	21
<i>Saldo der Kapitalverkehrsbilanz</i>	171	6	276	181	447	186
Kapitaltransfers	0	0	7	0	7	0
Sonstiger Kapitalverkehr	171	6	269	181	439	186
Direktinvestitionen	1	0	6	4	7	4
Handelskredite	-38	-53	127	32	89	-21
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	34	0	47	63	81	63
Kurzfristiger Kapitalverkehr	174	59	89	82	263	140
<i>Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen</i>	314	334	-290	33	24	367
<i>Finanzierung^b</i>						
Nettoauslandsposition des Bankensystems	-10	16	-90	24	-100	39
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF	0	0	181	0	181	0

^aIn Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. — ^b„-“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen.

Quelle: Arbeitsunterlagen der weißrussischen Nationalbank, eigene Berechnungen.

Rußland in vielen Bereichen weiter fortgeschritten ist.

Wenig ermutigend sind allerdings die praktischen Erfahrungen mit der Harmonisierung nationaler Politiken im Rahmen der bereits bestehenden „Zollunion“ zwischen Rußland und Belarus, der inzwischen Kasachstan und Kirgistan beigetreten sind. Die beteiligten Staaten haben zwar ihre nationale Souveränität über die Außenhandelspolitik behalten, sich jedoch zu einer Vereinheitlichung der tarifären und nicht-tarifären Maßnahmen und in diesem Zusammenhang zu umfassenden Konsultationen verpflichtet. Im Verlauf des Jahres 1996 hat Rußland beim Importzolltarif eine zunehmend protektionistische Linie verfolgt. Die übrigen Staaten haben sich diesen Änderungen zwar weitgehend angeschlossen. Jedoch haben sowohl Belarus als auch Kasachstan die Zollsätze für wichtige Gütergruppen abweichend sowohl von den russischen als auch von den früheren ge-

meinsamen Sätzen festgelegt. Außerdem haben sowohl in Rußland als auch in Belarus einzelne Organisationen weitreichende Zollbefreiungen für Importe aus Drittländern erhalten, ohne daß geklärt worden wäre, wie ein Reexport der zollbefreiten Importe in das jeweils andere Mitgliedsland verhindert werden kann. Nach der Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen Belarus und Rußland ist hier keine Kontrolle des Warenursprungs mehr möglich.

Faktisch besteht also zwischen Belarus, Rußland, Kasachstan und Kirgistan zur Zeit eher eine Freihandelszone mit unterschiedlichen nationalen Politiken gegenüber Drittstaaten als eine Zollunion mit einer einheitlichen Außenhandelspolitik. Ohne interne Grenzkontrollen können die nationalen Politiken z.B. durch Umwegimporte leicht unterlaufen werden (Handelsablenkung). Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis hieraus praktische Konsequenzen gezogen werden müssen: Zum einen könnte

eine echte Zollunion geschaffen werden, deren supranationale Organe die Außenhandelspolitik für alle beteiligten Staaten verbindlich festlegen. Dies würde insbesondere eine Einigung der beteiligten Staaten über die Grundlinien der Außenhandelspolitik sowie über die Verteilung der Zolleinnahmen voraussetzen. Aus weißrussischer Sicht hätte dies den Vorzug, daß Grenzkontrollen zwischen Belarus und Rußland endgültig der Vergangenheit angehören und damit die Transaktionskosten für etwa die Hälfte des weißrussischen Außenhandels niedrig gehalten würden. Dem stünde der Nachteil einer Zollstruktur gegenüber, die in der Praxis durch die Interessen russischer Produzenten und nicht durch die Interessen der von der Wirtschaftsstruktur her unterschiedlichen weißrussischen Volkswirtschaft bestimmt würde. Falls hingegen eine echte Zollunion nicht geschaffen wird, müßten in der faktisch bereits existierenden Freihandelszone die Ursprungsregeln für den gemeinschaftsinternen Handel mittels Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsländern überwacht werden. Damit würde die Notwendigkeit einer Einigung auf eine gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern entfallen.

In einem weiteren Abkommen vereinbarten Belarus und Rußland mit Wirkung zum Jahresbeginn 1996 einen gegenseitigen Forderungsverzicht. Dazu zählen insbesondere „technische Kredite“ Rußlands an Belarus als Zahlungsbilanzhilfe aus dem Jahr 1993 sowie weißrussische Zahlungsrückstände aus dem Bezug von Erdgas von dem russischen Konzern Gasprom. Die weißrussischen Forderungen bezogen sich auf die Kosten der Beseitigung ökologischer Altlasten in ehemals russischen Militärbasen, auf eingefrorene Guthaben weißrussischer Unternehmen bei der russischen Außenhandelsbank, auf russische Zahlungsrückstände für Nuklearmaterial, das im Zuge der Abrüstung von Belarus an Rußland überstellt worden war, sowie auf Stationierungskosten für russisches Militär in den Jahren 1992–1995.

Intern hat die weißrussische Regierung als Reaktion auf dieses Abkommen die Zahlungsrückstände aus Gaslieferungen aller staatlichen Organe gegenüber der staatlichen Verteilorganisation Beltopgas gestrichen. Da die Belieferung der privaten Haushalte über kommunale Netze erfolgt, erstreckt sich die Schuldenstreichung auf einen großen Teil der heimischen Gasverbraucher. Gleichzeitig wurde die Rückzahlung entsprechender Schulden seitens der Unternehmen gegenüber Beltopgas auf mehrere Jahre gestreckt. Damit hat die weißrussische Regierung einen Präzedenzfall geschaffen: Ihr Vorgehen läßt erwarten, daß auch in Zukunft die Subventionen für den privaten Energieverbrauch nicht — wie geplant — konsequent zurückgefahren werden und die Unternehmen auch keine Verschärfung der finanziellen Disziplin befürchten müssen. Als Reaktion hierauf hat sich offenbar die Zahlungsmoral der Unternehmen weiter verschlechtert. Beltopgas befindet sich gegenüber dem russischen Konzern Gasprom schon wieder in wachsendem Zahlungsrückstand, weil die weißrussischen Verbraucher ihre Rechnungen nicht begleichen.¹⁶

Mangelnde Transparenz hinsichtlich der Anwendung marktwirtschaftlicher Regeln kennzeichnet auch weiterhin das Verhältnis von Belarus zu Rußland. So erhält Belarus Erdgas zu einem Preis zwischen dem (niedrigen) russischen Inlandspreis und dem Weltmarktpreis. Gleichzeitig zahlt jedoch der russische Konzern Gasprom — anders als in der Ukraine und in Polen — keine Gebühren für die Nutzung von weißrussischem Territorium für Pipelines zur Durchleitung von Erdgas nach Westeuropa. Wenn der russische Inlandspreis und damit auch der weißrussische Bezugspreis mittelfristig an den Weltmarktpreis herangeführt werden, wird sich diese Regelung für Belarus als nachteilig erweisen, wenn nicht gleichzeitig Benutzungsgebühren für die Pipelines erhoben werden.

VII. Ordnungspolitische Entwicklung

Ordnungspolitisch sind gegenwärtig keine Reformen mehr zu beobachten. In einigen Bereichen finden sogar Rückschritte statt. Neben fehlenden Fortschritten bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen hemmen verschiedene staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe die Entwicklung neuer Privatunternehmen und die Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen.

Die Privatisierung verläuft im Vergleich zu anderen Transformationsländern weiterhin äußerst schleppend (Tabelle 13). Im Zeitraum von 1991 bis Mitte 1996 waren nur 1 684 Unternehmen, davon 428 staatliche und 1 256 kommunale Unternehmen, entstaatlicht worden. Die Unternehmen wurden überwiegend in Kapitalgesellschaften umgewandelt, ohne daß anschließend eine tatsächliche (Teil-)Privatisierung stattgefunden hätte. Im staatlichen Sektor werden noch immer rund 85 vH des BIP erwirtschaftet.

Die im Privatisierungsprogramm für 1996 genannte ambitionierte Zielvorgabe, über 500 staatliche und etwa 1 000 kommunale Unternehmen in die Privatisierung einzubeziehen, wird nicht erfüllt werden (*Sobranie Ukazov* 1995b). In den ersten Monaten 1996 war das Programm u.a. aufgrund der Neuregistrierung

der Unternehmen de facto ausgesetzt. Daher wurden bis zur Jahresmitte nur 89 kommunale Betriebe privatisiert. Große Staatsunternehmen wurden noch nicht einmal — wie in den Vorjahren — in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Auch ihre Restrukturierung wurde nicht in Angriff genommen. Beobachtet werden konnte 1996 nur eine Entflechtung öffentlicher Unternehmen, deren Zahl um 40 vH auf 9 132 gestiegen ist.¹⁷

Im Rahmen der Voucherprivatisierung ist die Frist für die Ausgabe der Schecks bis zum 1. Juli 1997 verlängert worden.¹⁸ Im Jahr 1996 ist trotz des geringen Angebots an zu privatisierenden Objekten die Scheckausgabe vorangekommen. Zum 1. August hatten 73 vH (1. Dezember 1995: 54,5 vH) der berechtigten Personen einen Antrag auf Zuteilung der Schecks gestellt (*Belorusskij rynok* Nr. 34 aus 1996: 6). Von diesen haben fast 80 vH ihr Zertifikat erhalten. Nur ein Viertel der Bevölkerung hat ihre Schecks teilweise oder vollständig gegen Anteile an Unternehmen oder an den Investmentfonds eingelöst. Die bislang noch nicht verwendeten Eigentumschecks sollen in Schecks zur Privatisierung von Wohnungen umgetauscht werden können (*Belorusskij rynok* Nr. 33 aus 1996: 6). Zwischen 1989 und 1996 wurden nur

Tabelle 13 – Zahl privatisierter und umgewandelter Unternehmen nach Eigentumsform und Privatisierungsverfahren 1991–1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996 1. Halbjahr	Insgesamt
<i>Privatisierte und umgewandelte Unternehmen</i>	61	190	244	632	468	89	1 684
Republikseigentum	19	32	140	184	53	0	428
privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	0	102
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	23
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	0	278
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	89	1 256
privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	16	239
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	65	620
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	8	285

Quelle: *Belorusskij rynok* Nr. 31 aus 1996: 14.

665 700 Wohnungen verkauft; dies entspricht lediglich 37 vH der ursprünglich zur Privatisierung vorgesehenen Einheiten (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 97). Die Zahl der im Monatsdurchschnitt privatisierten Wohnungen ist im 1. Halbjahr 1996 auf 6 730 (1995: 9 400) gefallen. Das abnehmende Tempo weist bei dem hohen verbliebenen Bestand zu privatisierender Wohnungen auf Verzögerungen der Wohnungsprivatisierung hin.

Der Umfang des privaten Sektors wird neben der Privatisierung bestehender Unternehmen auch von Neugründungen bestimmt. Der Marktzutritt wurde lange Zeit erschwert und im Jahresverlauf 1996 sogar vollständig verhindert. Am Jahresanfang 1996 war zunächst die Registrierung neuer Unternehmen eingestellt worden. Seit Sommer müssen sich die privaten Betriebe — ebenso wie die staatlichen Unternehmen — neu registrieren lassen (*Sobranie Ukazov* 1996a).¹⁹ Die Neuregistrierung, die bis zum 1. Januar 1997 abgeschlossen sein soll, ist an eine Reihe höchst dubioser Bedingungen geknüpft. So sollen Betriebe geschlossen werden, deren Management nicht am Unternehmensstandort gemeldet ist, oder die eine andere als in den Gründungsdokumenten vorgesehene Tätigkeit ausüben. Eine Betriebsschließung ist weiterhin vorgesehen, wenn ein Unternehmen seinen Gewinn zu gering ausgewiesen, Steuern hinterzogen hat oder Verlust ausweist. Würde letztere Bestimmung tatsächlich angewandt, so müßten auch die staatlichen Verlustbetriebe geschlossen werden. Da diese bislang vor Insolvenzverfahren verschont wurden, ist zu erwarten, daß vor allem privaten Unternehmen die Neuregistrierung verweigert werden soll. Private Neugründungen werden gleichzeitig dadurch erschwert, daß es den Anteilseignern von aufgelösten Unternehmen mit Steuerschulden verboten ist, einen Betrieb zu eröffnen. Außerdem soll die Zahl nichtstaatlicher Unternehmen im Handel reguliert, also der freie Marktzutritt in diesem Bereich beschränkt werden. Aufgrund dieser Maßnahmen ist 1996 eher mit einer Abnahme als mit einer Zunahme des privaten Sektors²⁰ zu rechnen.

Parallel zur langsamen Privatisierung staatlicher Unternehmen und zur Behinderung der

privaten Unternehmen erhöht der Staat seine Einflußnahme auf wichtige Wirtschaftszweige, u.a. auf den Bankensektor. Darüber hinaus sollen nach russischem Vorbild „Finanz-Industrielle Gruppen“ gebildet werden. Das grundlegende Dekret von November 1995 erwähnt ausdrücklich die Beteiligung russischer juristischer Personen an diese Gruppen (*Sobranie Ukazov* 1995a).²¹ Der Anreiz für Banken und Unternehmen, sich zusammenzuschließen, liegt u.a. in den vom Staat in Aussicht gestellten Vergünstigungen wie Garantien für Investitionskredite.²² Zudem kann einer „Finanz-Industriellen Gruppe“ als Treuhänder das staatliche Aktienpaket an den Gruppenmitgliedern übertragen werden. Dabei ist entsprechend der unzureichenden Kommerzialisierung des Unternehmens- und Bankensektors ein effizienter Umgang mit den staatlichen Anteilen nicht gewährleistet, und es ist auch nicht zu erwarten, daß die Banken an den an ihrer Gruppe beteiligten Unternehmen eine Restrukturierung einleiten werden. Darüber hinaus dürfte der Staat seine Entscheidung über die Auswahl der zu begünstigenden Gruppen und die Höhe der gewährten Unterstützungen nicht anhand von ökonomischen Kriterien treffen und den Strukturwandel in die falsche Richtung lenken.

Bei der Liberalisierung von Preisen und Märkten hatte Belarus in der Vergangenheit zwar Fortschritte gemacht. Liberalisierungsmaßnahmen wurden aber teilweise oder vorübergehend zurückgenommen. Neben den Eingriffen in den Devisenmarkt ist hierfür die Preispolitik ein Beispiel. Anfang 1996 bestanden Höchstpreise nur noch für einige Güter des Grundbedarfs, u.a. für Energie. Ende August 1996 indes wurden per Dekret nicht nur die Preise für einige Nahrungsmittel bis Jahresende eingefroren, sondern der Präsident hat zudem verfügt, daß die Preise generell nur noch maximal entsprechend des Anstiegs der Löhne zunehmen dürfen. Staatliche Stellen sind für die Preisregulierung zuständig (*Nacyjanal'naja Economichnaja Gazeta* 1996).

Die künftige ordnungspolitische Entwicklung ist vor dem Hintergrund des am 2. April 1996 mit Rußland geschlossenen und am 29.

August in Kraft getretenen Unionsvertrags zu sehen. Im Vertrag ist u.a. festgehalten, daß beide Staaten natürlichen Personen gleiche Eigentumsrechte gewährleisten und die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Antimonopolpolitik, der Steuern und staatlichen Unterstützungen für die Produktion vereinheitlichen. Auf den genannten Gebieten bestehen zwar auch in Rußland noch gravierende Mängel. Da Rußland jedoch insgesamt in der ordnungspolitischen Entwicklung weiter vorangeschritten ist, könnten von der Union wichtige Impulse für die Gestaltung der Ordnungspolitik in Weißrußland ausgehen. Allerdings wurden bislang von weißrussischer Seite kaum konkrete Schritte unternommen, die Integrationsbemühungen auch umzusetzen.

Die im Unionsvertrag angekündigten ordnungspolitischen Schritte werden dadurch in Frage gestellt, daß der Präsident die hierzu notwendige Gesetzgebung behindert. Zudem weigert er sich Dekrete aufzuheben, die das Verfassungsgericht für nicht verfassungskonform erklärt hat (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. September 1996: 7). Darüber hinaus hat er Änderungen der Verfassung vorgeschlagen, die ihm mehr Rechte bei der Bestellung der Verfassungsrichter einräumen und es ihm erlauben würden, teilweise die Senatoren des neu zu schaffenden Senats zu ernennen. Im für November geplanten Referendum soll auch über das private Eigentum an Grund und Boden abgestimmt werden, das vom Präsidenten strikt abgelehnt wird.

VIII. Zusammenfassung und Ausblick

Unter den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt Belarus seit Jahren eine Ausnahme dar: Zu keinem Zeitpunkt hatte der Transformationsprozeß jene kritische Masse erreicht, die eine Umkehrbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Reformen ausschließt. Die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses und der Stabilisierungspolitik blieb immer in Frage gestellt. Mit einem Anteil von gegenwärtig 85 vH am BIP ist der staatlich kontrollierte Sektor der größte unter allen Transformationsländern. Die Umstände der Neuregistrierung privater Unternehmen und die faktisch abgebrochene Privatisierung großer staatlicher Unternehmen lassen nun befürchten, daß eine Transformation zu einer Marktwirtschaft nicht mehr das Ziel der Politik ist. Dafür sprechen auch die Wiedereinführung von Preis- und Devisenmarktkontrollen und die schleichende Rezentralisierung des Bankensektors.

Die Kosten dieser Restauration versucht die weißrussische Regierung seit Jahren vor allem auf Rußland abzuwälzen. Die Streichung eines Teils der russischen Forderungen aus ohnehin subventionierten Gaslieferungen zu Beginn des Jahres mag diese Hoffnungen bestärkt haben. Ungeachtet des Forderungsverzichts zeichnen

sich gravierende Folgen der Reformrückschritte im laufenden Jahr ab: Die Investitionen werden erneut massiv rückläufig sein, und auch die Realeinkommen werden abnehmen. Zusätzlich hat sich der seit Ende 1995 zu beobachtende massive Abfluß von Währungsreserven im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Leistungsbilanz fortgesetzt. Die Industrieproduktion nimmt zu, dies überträgt sich allerdings nicht in einen entsprechenden Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. In Übereinstimmung mit Schätzungen des Internationalen Währungsfonds sehen die Institute unter den reformwidrigen Rahmenbedingungen für das laufende Jahr keine Trendwende. Nach ihrer Einschätzung wird das BIP auch 1996 schrumpfen, und zwar in einer Größenordnung bis zu 5 vH.

Im Staatshaushalt war eine deutliche Verschiebung der Subventionspolitik von der Ausgaben- zur Einnahmenseite in Form von selektiven Steuernachlässen und -vergünstigungen zu beobachten. Ein Anstieg des Budgetdefizits konnte letztlich auch deshalb vermieden werden, weil die weißrussische Regierung russische Forderungen aus laufenden Gaslieferungen nicht fristgerecht bediente. Offensichtlich

erhofft sie sich erneut einen Forderungsverzicht; dieser belief sich 1995 auf nennenswerte 7 vH des BIP. Die Durchreichung dieser Schuldenstreichung an den Energiesektor und damit die Energieverbraucher in der Industrie hat die Subventionsmentalität konserviert.

Auf seiten der Geldpolitik mehren sich angesichts einer neuerlichen Kreditexpansion zur Befriedigung diverser Ansprüche an das Sozialprodukt die Anzeichen, daß monetäre Stabilität in Zukunft keine Priorität erhalten wird. Diese Befürchtung wird vor allem durch die willkürlichen Eingriffe des Präsidenten in die Autonomie der Nationalbank genährt. Dafür spricht auch die Renaissance der Notenbankkreditvergabe über zentralisierte, niedrig verzinsten Kredite. Somit gerät die Geld- und Kreditpolitik in das Fahrwasser einer administrativen Lenkung der Ressourcenvergabe.

Vor diesem Hintergrund werden die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung — Rückgang der Geldentwertungsrate auf unter 50 vH für 1996 — aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von Dauer sein. Zum einen sind sie insofern der Schuldenstreichung durch Rußland zu verdanken, als indirekt auch das Budget entlastet und notwendige Preisanpassungen vermieden wurden. Zum anderen haben ein überbewerteter Wechselkurs und der damit verbundene starke Anstieg der Importe preisdämpfend gewirkt. Schließlich trägt die Ausweitung der Preiskontrollen zu einer zurückgestauten Inflation bei, die einen zukünftigen neuerlichen Reformanfang mit einer Anpassungsinflation belasten muß.

Die Hoffnungen der weißrussischen Führung auf eine ständige externe Alimentierung der verschiedenen Ansprüche an das Sozialprodukt könnten sich schnell als trügerisch erweisen. Eine Wiederholung der Schuldenstreichung durch Rußland ist nicht garantiert. Nach wie vor sind keine ernsthaften Schritte zur Einführung der Währungsunion zu beobachten, von der Belarus zu profitieren gedenkt. Hinzu kommt, daß Kredite und Finanzhilfen aus dem Westen faktisch eingestellt worden sind. Unter diesen Umständen muß die sich abzeichnende Umorientierung in der Geldpolitik im Verein

mit der strukturkonservierenden Fiskal- und Einkommenspolitik zu einem steigenden Inflationsdruck führen. Dies löst einen Domino-Effekt aus: Noch bestehende Freiheiten auf dem Gebiet der Preisbildung, der privaten Wirtschaft und der Außenwirtschaft werden unweigerlich beseitigt. Ein Beispiel dafür liefert die Wechselkurspolitik. Der Versuch, einen überbewerteten Kurs zu verteidigen, hat zu einem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits und zu einem Abfluß von Währungsreserven geführt. Nötig wäre eine entschiedene Korrektur der Überbewertung. Die Logik der Restauration hat statt dessen zu Devisenkontrollen geführt. Um diese Logik zu brechen und das Reformpotential zu nutzen, ist ein ordnungspolitischer Neuanfang notwendig. Voraussetzung dafür sind deutliche und glaubwürdige Verpflichtungen der wirtschaftspolitischen Handlungsträger. An allererster Stelle ist das Recht auf privates Eigentum an Produktionsmitteln, einschließlich Grund und Boden, zu garantieren. Dieses Prinzip muß auch in der Rechtswirklichkeit durchgesetzt werden. Darüber hinaus gehören die Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu dem Fundament, ohne das alle ablaufpolitischen Empfehlungen hinfällig werden.

Im Mittelpunkt dieser Ablaufpolitik muß die Beseitigung der Überbewertung stehen. Diesem Ziel kann ein Wechselkursanker dienen, wenn die Währung in der jetzigen Situation einmalig auf ein Unterbewertungsniveau abgewertet wird. Die Erfahrungen Polens und der Tschechischen Republik belegen, daß ein Wechselkursanker allein zwar kein radikales Reformprogramm erzwingen, aber ein vorhandenes Reformpotential freisetzen kann. Dieses Potential ist in Exportbranchen vorhanden, umfaßt jedoch auch den Abbau der verschwenderischen Nutzung von Energieressourcen und mehr Entfaltungsspielraum für heimische importsubstituierende Industrien (einschließlich Landwirtschaft).

Der Anker kann nur dann halten, wenn er von einer geeigneten Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik begleitet wird. Dazu gehört, daß

- die Rückkehr zu einer expansiven Geld- und Kreditpolitik mit dem Ziel, Preiseffekte der

Abwertung zu kompensieren, bindend ausgeschlossen ist,

- die Einnahmensituation in den öffentlichen Haushalten durch Streichung von Steuervergünstigungen und durch Verbreiterung der Besteuerungsbasis nachhaltig verbessert wird,
- sich die Lohnpolitik an der Produktivitätsentwicklung orientiert und damit ebenfalls hart gegenüber Forderungen nach Kompensation von abwertungsbedingten Realeinkommenseinbußen bleibt.

Der Übergang zu einem flexibleren Wechselkursanker ist zu gegebener Zeit, d.h. nach einem erfolgreichen Aufbau von Devisenreserven und wiedergewonnener Glaubwürdigkeit des Reform- und Stabilisierungskurses, in Erwägung zu ziehen.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden ordnungs- und ablaufpolitischen Entwicklung lassen sich folgende Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1997 zeichnen: Eine fortgesetzte Aufwertung des weißrussischen Rubels wird die Handelsbilanz weiter verschlechtern. Versuchen der Regierung, eine derartige Entwicklung durch restriktive Maßnahmen (verstärkte Devisenbewirtschaftung und/oder Marktabschottung) aufzuhalten, werden keine Erfolgchancen eingeräumt. Auch

wenn Rußland erneut Defizite finanzieren sollte, wird ein Rückgang der Exporte in den Nicht-GUS-Raum nicht zu vermeiden sein und Erholungsaussichten beeinträchtigen. Hinzu kommen Beeinträchtigungen des nach wie vor nur schwachen privaten Sektors, der nicht wie in anderen Transformationsländern Produktions- und Einkommensausfälle im staatlichen Sektor zu kompensieren vermag. Unter diesen Voraussetzungen ist auch für das kommende Jahr noch kein Wirtschaftswachstum zu erwarten. Vielmehr wird das BIP in einer Größenordnung von weiteren 3 vH sinken. Mittelfristige Szenarien des Internationalen Währungsfonds, denen zufolge für 1997 ein reales Wachstum von 4 vH erwartet werden könnte, stehen unter dem expliziten Vorbehalt, daß Belarus einen überzeugenden Reformkurswechsel vornimmt. Die Institute sehen zur Zeit dafür keinerlei Anzeichen.

Was die Geldwertstabilität betrifft, so sind einerseits inflationäre Impulse aus der Geld- und Kreditpolitik zu erwarten, andererseits jedoch die statistisch preisdämpfenden Effekte von administrativen Preiskontrollen. Die offizielle Geldentwertungsrate wird deshalb 1997 nicht wesentlich unterhalb einer durchschnittlichen Jahresrate von 50 vH liegen.

Endnoten

- 1 Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten wird im folgenden ausschließlich anhand der offiziellen Statistiken ausgewiesen. Diese Quellen berücksichtigen nicht die aus verschiedenen Forschungsprojekten der Weltbank gewonnene Vermutung, daß der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in den GUS-Staaten wegen Nichterfassung der privatwirtschaftlichen Aktivitäten und der Redundanz von Teilen der staatlichen Produktion zu Beginn der Transformation in Wirklichkeit deutlich geringer war, als in den offiziellen Statistiken ausgewiesen wurde. Eine skeptische Einschätzung dieser Vermutung findet sich bei Schrettl und Weißenburger (1995: 107 ff.).
- 2 Ministerstvo Statistiki i Analiza (1995d: 5; 1996d: 9; 1996f: 84).
- 3 Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 30 ff.; 1996d: 157; 1996f: 34 f., 159 ff.).
- 4 Der Wert der abgesetzten Produktion war im 1. Halbjahr 1996 um 16 vH niedriger als der Wert der erzeugten Produktion.
- 5 Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 73; 1996e: 205; 1996f: 86).
- 6 Einschließlich der Einkommen aus Tätigkeiten bei Botschaften und im Ausland. Vom Ministerium für Statistik wurden die Geldeinkommen für 1995 korrigiert. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und der übrigen Einkommen wurde für den Zeitraum Januar–Juli 1995 von 21,1 vH auf 29,4 vH geändert.
- 7 Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 85; 1996f: 63).
- 8 Bei der Berechnung des Kassendefizits werden nur die tatsächlichen Zahlungseingänge und -ausgänge berücksichtigt. Die Zahlungsrückstände der öffentlichen Haushalte werden nicht erfaßt.
- 9 In dem konsolidierten Haushalt werden der Staatshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften zusammengefaßt. Die Ausgabenseite des konsolidierten Haushalts repräsentiert nicht die Staatsquote, da zahlreiche fiskalische Aktivitäten in außerbudgetäre Fonds verlagert wurden.
- 10 Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds belief sich das Defizit des außerbudgetären Sozialversicherungsfonds auf 1,2 vH des BIP. Verursacht wurde das Defizit danach vor allem durch wachsende Pensionszahlungen.
- 11 Von untergeordneter Bedeutung bei der Haushaltsfinanzierung werden nach dem Haushaltsgesetz dagegen die Einnahmen aus der Privatisierung sein.
- 12 Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich die Zahlenangaben dieses sowie des folgenden Abschnitts auf Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.
- 13 Unklar ist noch, welchen Einfluß die seit Anfang Juli geltenden gestaffelten Mindestreservesätze auf den Geldmultiplikator haben. Statt bisher 12 vH ihrer Rubeleinlagen und 10 vH ihrer Deviseneinlagen müssen die weißrussischen Geschäftsbanken nunmehr Reserven in Höhe von 15 vH aller Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Monat, 10 vH auf Einlagen von mehr als einem und weniger als drei Monaten und 5 vH auf Einlagen von mehr als 3 Monaten Laufzeit halten (Nacyjanalnij Bank 1996).
- 14 Betrachtet werden die Verbindlichkeiten der Unternehmen insgesamt (kreditorskaja sadolnost). In diesen sind auch Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland — insbesondere Rußland — enthalten. Der Anteil der Auslandsverbindlichkeiten gegenüber Unternehmen ist im 2. Quartal 1996 leicht gesunken und lag im Juli bei rund 12 vH.
- 15 Zum russischen Rubel wurde bisher keine feste Parität verteidigt; seit März 1996 hat sich der weißrussische gegenüber dem russischen Rubel sowohl nominal als auch real abgewertet (Schaubild 3).
- 16 Von Anfang Februar bis Mitte September 1996 sind Rückstände in Höhe von 165 Mill. Dollar aufgelaufen (*OMRI Daily Digest* Nr. 181 vom 18.9.96).
- 17 Angaben für den Zeitraum Januar–April 1996 in Government of Belarus und European Expertise Service (1996: 14, Anhang Tabelle 9.3).
- 18 Vgl. zur Voucherprivatisierung DIW et al. (1994).
- 19 Vgl. zu den Bestimmungen des Dekrets auch *Minsk Economic News* Nr. 11 aus 1996: 6.
- 20 Allerdings ist die Politik hinsichtlich des privaten Sektors widersprüchlich. Die kleinen Unternehmen, die von der Neuregistrierung besonders betroffen sind, sollen ab 1997 durch ein staatliches Unterstützungsprogramm gefördert werden (*Sobranie Ukazov* 1996e).
- 21 Erst im Sommer 1996 folgten die rechtlichen Bestimmungen über die Registrierung der Gruppen (*Sobranie Ukazov* 1996d).
- 22 Darüber hinaus sind weitere staatliche Hilfen möglich, die allerdings in Belarus bislang noch nicht näher bestimmt worden sind. In Rußland können die Gruppen u.a. ihre Abschreibungsfristen selbständig festlegen (*Sobranie Zakonodatel'stva* 1995).

Literaturverzeichnis

- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) (Hrsg.) (1996). *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa: Sammelband 1996. BMWi-Dokumentation 397*. o.O.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). *Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234*. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 61 (25): 413–432 des DIW und als Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- Gosudarstvennyj Komitet Respubliki Belarus' po Statistike i Analizu (1993). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g.* Minsk.
- Government of Belarus und European Expertise Service (1996). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (Juli).
- Ministerstvo Statistiki i Analiza Respubliki Belarus' (1994). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1993 g.* Minsk.
- (1995a). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1994 g.* Minsk.
- (1995b). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–dekabre 1994 goda.* Minsk.
- (1995c). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'.* Minsk.
- (1995d). *Respublika Belarus' v cifrach 1994.* Minsk.
- (1995e). *Statističeskij Bjulleten' 1(12).*
- (1996a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–dekabre 1995 goda.* Minsk.
- (1996b). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijun'.* Minsk.
- (1996c). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'.* Minsk.
- (1996d). *Respublika Belarus' v cifrach 1995.* Minsk.
- (1996e). *Statističeskij Bjulleten' 2(6).*
- (1996f). *Statističeskij Bjulleten' 2(7).*
- (1996g). *Vnešnjaja trgovlja Respubliki Belarus' v janvare–ijune 1996 goda.* Minsk.
- Minsk Economic News* (1996a). *Banks Lose Their Autonomy*. Nr. 11: 5.
- (1996b). *Claims on Stabilisation Dubious*. Nr. 13: 3.
- (1996c). *Executive Limits Bankers' Wages*. Nr. 13: 5.
- (1996d). *Government Attacks Private Banks*. Nr. 14: 6.
- Nacyjanal'naja Economicnaja Gazeta* (1996). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 345 vom 30. August: „O nekotorych merach po uporjadočeniju cenoobrazovanija na territorii Respubliki Belarus'“. 4. September: 12.
- Nacyjanalnij Bank Respubliki Belarus' (1996). *O fonde objazatelnych rezervov*. Nr. 02014/510 vom 12. Juli. Minsk.

Schrettl, W., und U. Weißenburger (1995). Russia: Success Story or Collapse? In S. Ostry und G. Winham (Hrsg.), *The Halifax G-7 Summit: Issues on the Table*. Halifax.

Sobranie Ukazov Prezidenta i Postanovlenij Kabineta Ministrov Respubliki Belarus' (1995a). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 482 vom 27. November: „O sozdanii i dejatel'nosti v respublikanskoj chozjajstvennyh grupp“. Nr. 34: 59–61.

— (1995b). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 526 vom 30. Dezember: „Ob utverždenii Programmy razgosudarstvlenija i privatizacii gosudarstvennyh ob-ektov, nachodjaščichsja v respublikanskoj sobstvennosti, na 1996 god“. Nr. 36: 75–82.

— (1996a). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 208 vom 24. Mai: „O nekotorych merach po uporzjadočeniju dejatel'nosti sub-ektov chozjajstvovanija“. Nr. 16: 55–60.

— (1996b). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 209 vom 24. Mai: „O merach po regulirovaniju bankovskoj dejatel'nosti v Respublike Belarus'“. Nr. 16: 60–63.

— (1996c). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 236 vom 26. Juni: „O dopolnitel'nyh merach po uporzjadočeniju valjutnogo regulirovanija na territorii Respubliki Belarus'“. Nr. 19: 67–69.

— (1996d). Postanovlenie Kabineta Ministrov Respubliki Belarus' Nr. 402 vom 19. Juni: „O gosudarstvennoj registracii finansogo-promyšlennyh i inych chozjajstvennyh grupp, okazanii im gosudarstvennoj poderžki, predostavlenii pravitel'stvennyh garantij“. Nr. 18: 68–71.

— (1996e). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 262 vom 19. Juli: „O gosudarstvennoj poderžke mologo predprinimatel'stva“. Nr. 21: 67–71.

Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii (1995). Federalnyj Zakon „O finansogo-promyšlennyh gruppach“. Nr. 49: 8748–8756.